

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim August 2020, 30. Jahrg.

Solidarisch geht anders



Leo Düsterwald

Sie wurden zu Alltagshelden ernannt: Beschäftigte im Gesundheitswesen, Postzusteller*innen (Seite 3), Kitaerzieher*innen (Seite 3), Pflegekräfte, Lehrer*innen (siehe unten). Das sollten sie aber gar nicht sein, denn Helden opfern sich freiwillig und ohne Vergütung auf. Statt dessen muss unsere Gesellschaft soziale Berufe endlich gut bezahlen und sich für gute Arbeitsbedingungen verantwortlich fühlen.

Dann sind da noch jene, von denen wir merken, wie wichtig sie uns sind, weil sie uns fehlen: Über 50.000 Menschen sind solosebstständig in Brandenburg, sie halten vieles am Laufen (Seite 7), Kultur erscheint lebensnotwendig (Seite 5), kleine Einzelhändler (Seite 4) und den Sport (Seite 6) möchten wir nicht missen. Aber viele kämpfen um ihre Existenz. Deshalb haben DIE LINKE und OW herumgefragt im Barnim, wie es ihnen geht.

Vormittags hü, nachmittags hott

Vor dem Schulbeginn wurden viele Absprachen versäumt

OW-Beitrag/lS, bc, ph

Das Brandenburger Bildungsministerium macht einfach da weiter, wo es vor den Ferien aufgehört hat: Pädagog*innen müssen mühselig für ihre Schule Wege finden, um Lernen, Lernstandsanalyse, Infektionsschutz und sozialen Kontakt unter einen Hut zu bekommen.

Brandenburgs Bildungsministerin hat offenbar immer noch nicht verstanden, dass viele Schulhorte in den Grundschulen untergebracht sind. Deshalb produziert es inzwischen fast schon ein resigniertes Kopfschütteln, wenn am Nachmittag freies Toben über die Gänge und das Aufweichen der Gruppen erlaubt ist, während der Schulzeit aber strenge Trennung der Klassen, Einhaltung der Abstandsregeln, Maskenpflicht und Wegesystem gelten. Der Hort ist

eine Betreuungseinrichtung wie die Kita und da gelten andere Regeln. Für eine Abstimmung hätte man die Sommerferien nutzen können. Nun haben das Problem die Schulen und Lehrkräfte.

Geld soll für die digitale Ausstattung der Schulen zur Verfügung stehen. Voraussetzung ist aber in Brandenburg, dass jede Schule ein eigenes, umfangreiches Medienkonzept vorlegt. Könnte man es nicht einfacher haben? Und auch die Kofinanzierung muss gesichert werden. Wird es also Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde geben, wer sich was leisten kann?

Die Landesregierung wollte eigentlich, schon „vor Corona“, 400-Stellen für multiprofessionelle Teams bereit stellen. Da tut sich bisher jedoch nichts. „Die Schulen brauchen unbedingt zusätzliche

Fachkräfte“, fordert Kathrin Dannenberg, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag.

Statt dessen spart Brandenburg an der Bildung, wo es nur geht. Zum Beispiel soll es Arbeitsgemeinschaften in den Grundschulen, für viele Schüler*innen eine willkommene Ergänzung, im ersten Halbjahr nicht geben. AG-Leiter*innen erfuhren dies erst kurz vor Schulbeginn – und müssen nun auch beruflich nach Alternativen suchen.

Und dann sind da noch die halbgegarten Vorstellungen der Bildungsministerin von Samstags- oder Ferienunterricht. Abgesehen davon, dass Schüler*innen Pausen brauchen: Im ländlichen Raum funktioniert Schule nur mit Schulbusverkehr und dazu sind Absprachen mit den Landkreisen nötig.

In dieser Ausgabe

Zwei OSZ für den Barnim:

Beide Oberstufenzentren in Eberswalde und Bernau sind nötig, meint DIE LINKE.

2

Schnupfnase oder Corona:

Wie der Start ins neue Kita-Jahr aussieht, erzählt der stellvertretende Leiter der Montessori-Einrichtung in Bernau.

3

Mindestlohn und Mieten:

Mindestlohn ist wichtig, aber wie kommen Kleinstunternehmer damit klar? Und wie steigende Mietkosten an der Kostenspirale drehen.

4

Kultur:

In Eberswalde versuchen Kulturschaffende mit gemeinsamen Angeboten durch die Corona-Krise zu kommen. In Panketal findet die Musikschule neue Wege.

5

Kampfsport:

Wegen des Körperkontaktes mussten sie lange dicht machen. Aber sie sehen in den Hygieneregeln Positives.

6

Solosebstständige:

Solosebstständige verloren von einem Tag auf den anderen ihren Umsatz und wurden auf Hartz IV verwiesen. Wie es einem Dozenten ergeht.

7

Tourismus:

Tourismus in Deutschland ist gefragt, aber die EJB am Werbellinsee bietet Gruppenreisen an.

8



Mitmachen!

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden>

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADEDIGZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres.

Offene Worte online: mittwochs und sonntags unter: www.dielinke-barnim.de
Facebook: [Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)

Berufliche Bildung muss vielfältig sein

LINKE: Es muss zwei Oberstufenzentren im Barnim geben: In Eberswalde und Bernau

Von Lutz Kupitz
Vorsitzender der Barnimer
Kreistagsfraktion der LINKEN

Die Diskussion um das Oberstufenzentrum in Bernau (OSZ I), hatte bereits Anfang Juni DIE LINKE alarmiert. Es gab eine Aufforderung der Kreisverwaltung, Räume an das Barnim-Gymnasium abzugeben. DIE LINKE befürchtete, dass das OSZ I „durch die Hintertür“ aufgelöst werden könnte (siehe online vom OW 3.6.20, 13.6.20). Die Arbeit der Verwaltung war wenig transparent, Betroffene wurden zu spät oder gar nicht einbezogen. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass versucht wird, vor einer Diskussion und einem Beschluss Tatsachen zu schaffen. Denn es gibt zurzeit 2 OSZ im Barnim, eines in Eberswalde, eines in Bernau, eines also für den berlinnahen Raum, eines rings um die Kreisstadt. Das ergibt Sinn und ist in der Schulentwicklungsplanung, die auf der Basis prognostizierter Schülerentwicklungen für den ganzen Barnim 2022 gilt, verankert. Nun besteht die Befürchtung, dass das OSZ in Bernau aufgelöst und nur das OSZ

in Eberswalde weiter geführt werden soll.

DIE LINKE bleibt dabei: Eine Schließung oder ein schleichender Abbau des OSZ I darf nicht stattfinden. Schulstrukturen können nicht einfach an einem bestätigten Schulentwicklungsplan vorbei geändert werden. Im Übrigen war die Gründung des Schulcampus Barnimer Wissenszentrums in Bernau-Waldfrieden ein Beschluss des Kreistages, der verschiedenste Bildungseinrichtungen zusammenführen sollte. Dies in Frage zu stellen und die berufliche Bildung an diesem Standort abzubauen, wird durch DIE LINKE abgelehnt.

Die Diskussionen über die Perspektive der beiden OSZ im Barnim beschäftigen inzwischen nicht nur den Kreistag und seine Ausschüsse, sondern gehen weit darüber hinaus. Sie haben vor allem gezeigt, dass die geplanten Strukturen des OSZ I nicht geeignet sind, im Barnim eine vielfältige Schullandschaft zu sichern. Natürlich muss es möglich sein, Korrekturen an der Schulentwicklungsplanung vorzunehmen und den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Wenn dies aber zum Beispiel zu einer Schließung eines OSZ führen soll, ist dies eine grundlegende Korrektur in der Barnimer Schullandschaft. Dazu bedarf es aus Sicht der LINKEN einer generellen Überprüfung der Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplanung. Deshalb wird die LINKE im Kreistag beantragen, dass die Schulentwicklungsplanung vor 2022 überarbeitet wird.

In der Bildungsinitiative Barnim wird unter anderem die Zielstellung formuliert, dass alle Jugendlichen einen Berufs- oder Studienabschluss erreichen sollen. Mit der Schließung des OSZ I würde dies aber stark eingeschränkt werden. Auch in Anbetracht des Bevölkerungswachstums gerade im Süden des Barnim, wird das Barnimer Wissenszentrum und damit auch das OSZ I ein stark nachgefragter Bildungsstandort bleiben.

Erschwerend kommt hinzu, dass mit der geplanten Zentralisation der OSZ in Eberswalde, sich künftig Schülerinnen und Schüler insbesondere aus dem Niederbarnim nach Berlin orientieren werden und damit künftige Fachkräfte nicht im Landkreis verbleiben. Angesichts des

immer wieder beschworenen Fachkräftemangels wäre dies auch für die im Barnim ansässigen Unternehmen kontraproduktiv.

Das Barnimer Wissenszentrum war immer dazu angelegt, Allgemeinbildung, gymnasiale Bildung und Berufsausbildung miteinander zu verbinden. Das ist es auch, was den Standort attraktiv werden lässt.

Aus unserer Sicht ist es deshalb eher erforderlich, mit Blick auf die gesamte Barnimer Schullandschaft, darüber nachzudenken, wie gerade berufliche Bildung weiter ausgebaut werden kann.

Wir brauchen eine intensive Diskussion zur Barnimer Schullandschaft, nicht nur zu Standorten sondern auch zu deren Ausrichtung. Dazu gehört sicher auch die Verständigung zur Zukunft der beiden OSZ. Maßgabe muss aber unserer Auffassung nach sein, wie beide Standorte erhalten und ausgebaut werden können, um die Vielfalt der Schullandschaft im Barnim und bedarfsgerechte Bildungsangebote zu sichern. Der Kreistag muss sich dazu auf seiner Sitzung am 9. September entscheiden.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisverband:

Kreisvorstand: Termine bitte unter info@dielinke-barnim.de erfragen.

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buer.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de; Kreistag: 9. September, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Eberswalde: Stadtvorstand im Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15.

Fraktion: Tel.: 03334-236987, E-Mail: eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de
Stadtverordnetenversammlung: 24. September, 18 Uhr, Familiengarten, Eberswalde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. und 3. Montag, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Fraktion: Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Fraktionssitzung: 26. September; 18 Uhr Bürgerzentrum, Stadtverordnetenversammlung: 27. September, 16 Uhr, Erich-Wünsch-Halle, Heinersdorfer Str. 52

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzung: 8. September, 19 Uhr, Rathausaal Zepernick; Fraktion: ines@pukall.eu

Wandlitz: Ortsverband: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de
Gemeindevertreterversammlung: 10. September, 18 Uhr, Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 4. September, 2. Oktober jeweils 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof; Fraktionssitzung: 15. und 24. September, Stadtverordnetenversammlung: 17. September, 19 Uhr, Adlersaal

Ahrensfelde: Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 5. Juli u. ., Partykeller am Bahnhof Werneuchen; FFraktions- und Gemeindevertreterversammlung erfolgen erst nach der Konstituierung der Gemeindevertretung

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Sitzung 30. Aug., 18 Uhr, Zur Alten Eiche Biesenthal; nächste Stadtverordnetenversammlung: 17. September, 19 Uhr, Mensa der Grundschule, Bahnhofstraße 9-12

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 18 Uhr, Treff Procurant Finowfurt, Alte Mühle 5a

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Birgit
Hoplitshock (hop), Klaus Kleinmann
(kk), Wolfgang Kraficzky (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian
Walter (ViSdP/sw), Bärbel Mierau
(bm), Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 91.000

nächster Redaktionsschluss:

14. September 2020

nächster Erscheinungstermin:

30. September 2020

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

download: www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zeitungen sind als pdf-Datei vorhanden.

Oder direkt:
QR-Code scannen.



Roter Salon:

Politische Gesprächsrunde, jeden 3. Mittwoch/Monat im Bürgerbüro Bernau, Berliner Straße 17. Nächster Termin: **16. September**, 18 bis 20 Uhr.

LINKER Stammtisch:

Monatliche politische Gespräche mit der LINKEN Panketal. Nächster Termin: **30. September**, 19 Uhr, Leos Restauration, Schönower Str. 59, Zepernick.

Schnupfnase oder Corona?

Der Start in das neue Kitajahr im Montessori Kindergarten Bernau

Von Matthias Holz

Der Montessori Kindergarten Bernau hat eine Betriebserlaubnis für bis zu 106 Kinder, die in drei Krippen- und zwei Kindergartengruppen betreut werden. Hierfür sorgen 18 festangestellte Pädagogen, davon 14 in den Gruppen, 2 in der Leitung und 2 sind im Erziehungsurlaub. 4 Azubis arbeiten im pädagogischen Bereich, 3 Festangestellte im Service.

Dieser Kindergarten ist seit vielen Jahren sowohl in der Montessoripädagogik als auch in der Fachkräftequalifizierung Konsultationsstätte des Landes Brandenburg und damit etwas ganz Besonderes.

Der Beginn der Pandemie sei auch für die Bernauer Vorzeigekita herausfordernd gewesen, so der stellvertretende Kitaleiter Hannes Nowotka. „Zu Beginn gab es eine

„Dieser ganze Frust, der sich da ansammelt, landet am Ende bei uns.“

reine Flut an Informationen, es war schwierig, da den Überblick zu behalten.“ Zum Beweis zeigt er einen

extra eingerichteten „Corona-Ordner“ auf seinem Tablet mit Mails, die sich auf das Virus beziehen. Mit so vielen Informationen, die sich ständig änderten, war es eine Herausforderung die pandemietauglichen Hygienevorgaben an die eigenen Gegebenheiten anzupassen. „Das war sehr schwer, weil das ja nicht unser Fachgebiet ist“, erzählt Hannes Nowotka. „Wir sind im pädagogischen Bereich ausgebildet, nicht im hygienischen.“

Mit dem Start in das neue Kitajahr änderte sich die Situation schlagartig. „Plötzlich ist die Welt ruhig“, meint Hannes Nowotka. Kaum neue Informationen erreichen ihn zum Thema Corona. Für ihn mache es den Eindruck, „als habe sich das Thema jetzt etwas abgekühlt“. Eine Entwicklung die er und die Mitarbeiter*innen der Kita auch an den Eltern wahrnehmen. Aufforderungen eine Maske im Gebäude zu tragen, werden mürrischer beantwortet und man würde länger im Haus verweilen. Vor der Schließzeit seien Eltern in das Gebäude gekommen, haben das Kind abgeholt und sind direkt



Hannes Nowotka, stellvertretender Kita-Leiter der Montessori-Einrichtung in Bernau am Wasserturm. Foto: privat

nach Hause gegangen. Jetzt sieht man wieder häufiger Eltern beieinanderstehen und sich unterhalten. Eine Entwicklung, die Hannes Nowotka prinzipiell begrüßt, und doch treibt ihn die Sorge um einen zweiten Lockdown um. Ein Stück weit

haben diesen auch „die Eltern in der eigenen Hand“. Für die Kinder des Montessori Kindergartens wäre dieser vielleicht nicht so schlimm, wie für die berufstätigen Eltern. Die Kinder seien sonst nach einer Schließzeit immer erholt in die Kita zurückgekommen, aber so „tiefenentspannt wie jetzt habe ich sie noch nie wahrgenommen.“ Das könnte am deutlich reduzierten Alltagsstress liegen.

Aktuell läuft es in der Einrichtung, Sorgen macht nur der näherkommende Herbst. „Wir sind verpflichtet, Kinder mit einer Schnupfnase abholen zu lassen“, so der stellvertretende Kitaleiter. Selbst wenn das Kind davon nicht in seinen alltäglichen Tätigkeiten eingeschränkt ist. „Das ist ein für alle frustrierender Kreislauf“, erklärt Hannes Nowotka. Kinder müssten von den Eltern abgeholt werden, Arbeitgeber*innen auf diese verzichten, Kinderärzt*innen hätten die Praxen voll mit Kindern, die sie eigentlich nicht behandeln müssten und Eltern geben dann die Kinder wieder in der Kita ab. „Dieser ganze Frust, der sich da ansammelt, landet am Ende bei uns“, so die Befürchtung. Hannes Nowotka hofft auf eine Lösung des Dilemmas durch die Landesregierung, denn Schnupfnasen gehören im Herbst in eine Kita, wie die Butter auf das Brot.

„Wenn immer Weihnachten ist ...“

Ein Postzusteller erzählt über seine Arbeit im Barnim und hofft auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

OW-Beitrag/bc

Er arbeitet für 13,70 Euro die Stunde 38,5 Stunden im Monat und fühlt sich gut dabei. Denn er hatte schon schlechtere Jobs. Wir nennen ihn Stefan R., weil er namentlich unerkannt bleiben möchte.

Er ist junger Familienvater und hofft mit Anfang Dreißig endlich auf eine unbefristete Anstellung als Zusteller. Nach einem Jahr mit einem befristeten Vertrag bei DHL kann er nach einem weiteren Jahr auf die Entfristung hoffen und sich endlich als vollwertiger Beschäftigter fühlen. Aber darüber denkt Stefan R. nicht allzuviel nach. Er hat eine gute Berufsausbildung abgeschlossen, sich dann aber wegen des besseren Verdienstes als Zusteller beworben. In diesem Bereich werden bei anderen Arbeitgebern als seinem derzeitigen oft sehr kurzfristige Arbeitsverträge angeboten. „3 Monate scheinen üblich, über ein halbes Jahr kann man sich schon freuen“, erzählt Stefan R. Vom Hörensagen weiß er sogar von Wochenverträgen.

Und die Arbeit ist schwer. „Einmal musste ich tatsächlich einen echten Tannenbaum ausliefern,“ be-

schreibt Stefan R. eher belustigt. Aber bei der Post gäbe es noch das niedrigste Maximalgewicht an Paketen, das der einzelne Beschäftigte zustellen muss, 31,5 Kilogramm. Bei GLS seien es 55, bei DPD gar 100 Kilogramm. Wenn das ein Zusteller, eine Zustellerin, in einen 4. Stock transportieren muss ..., darüber könnte manch ein Konsument nachdenken, bevor er auf „kaufen“ klickt.

Deshalb wundert es nicht, dass es bei vielen Zustellfirmen eine hohe Fluktuation gibt, zumal wenn – anders als bei DHL – gerade mal der Mindestlohn oder gar pro ausgeliefertem Stück bezahlt wird.

Stefan R. findet seine Arbeitsbedingungen akzeptabel. „In Berlin hatte ich oft genervte Kunden“, erzählt er. „Im Barnim dagegen wird meine Arbeit geschätzt. Die meisten Nachbarn nehmen Pakete an, manchmal ist „Oma Müller“ die Packstati-



Foto: pixabay

on eines ganzen Hausaufganges“, beschreibt er, und man merkt ihm die Freude an der Arbeit an. Am Arbeitsklima hat sich auch während der Corona-Zeit nichts geändert.

Durch einen kurzen Weg zur Arbeit kann er Familie und Arbeit unter einen Hut bringen, freut sich über nette Kolleg*innen und tarifliche Lohnsteigerungen. Er ist froh, dass er weg ist von Zustelldiensten, die Subunternehmen beauftragen und damit Lohn- und Arbeitsbedingungen drücken. „Prekär“ nennt die Gewerkschaft verdi diese Arbeitsverhältnisse, wenn Beschäftigte bis zu 16 Stunden pro Tag arbeiten und im Ergebnis nur sechs Euro pro Stunde erhalten.

Einkommen der Postzusteller

Mehr als 490.000 Beschäftigte arbeiteten 2017 in der Berufsgruppe „Post- und Zustelldienste“ bundesweit, davon waren nur knapp 20.000 vollzeitbeschäftigt. Von dieser knappen halben Million Beschäftigte waren 146.000 Fachkräfte.

Vollbeschäftigte Helfer in Post- und Zustelldiensten erhielten 2017 2.044 Euro brutto im Monat, das sind nur 63,7 Prozent des bundesweiten Durchschnittslohns aller Vollzeitbeschäftigten. Vollbeschäftigte Fachkräfte im Post- und Zustelldienst verdienten 2017 2.601 Euro brutto. Rund 22,5 Prozent lagen damit unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Angaben der Bundesagentur für Arbeit auf eine Anfrage der LINKEN im Bundestag, Dezember 2018

Die Arbeit hat während der Corona-Krise stark zugenommen, bestätigt Stefan R. „Zuvor gab es eine große Stoßzeit von Oktober bis Weihnachten. Wir wussten: Briefpost, viele Pakete, lange Sortierzeit. Aber wenn Weihnachten vorbei ist, geht alles wieder seinen normalen Gang. Aber nun ist unser Pensum seit Mitte März so hoch wie sonst zur Weihnachtszeit und ein Ende ist nicht abzusehen.“

Mindestlohn: Ein Segen für alle?

Oder Preisspirale ohne Ende?
Die Sicht einer Kleinunternehmerin.

Mein Name ist Sylvia Pyrlík. Ich bin Unternehmerin seit 1993. In meiner kleinen inhabergeführten Buchhandlung ist es selbstverständlich, dass alle Mitarbeiter, Aushilfen ausdrücklich eingeschlossen, ihren verdienten Mindestlohn erhalten. Seit

von 12 Euro erhält der Arbeitnehmer brutto: 2.088 Euro, das ist ein Nettobetrag von 1.469,49 Euro. Die Arbeitgeberbelastung beträgt 2.502,99 Euro. Übersetzt heißt das: Der Arbeitnehmer erhält bei einer Erhöhung seines Stundenlohns um 2,65 Euro monatlich 261 Euro netto mehr, für den Arbeitgeber aber verdoppelt sich der Aufwand auf 552 Euro. Das ist sicher gut, weil sich Kranken- und Rentenversicherungskassen füllen, weil die Lohnsteuereinnahmen steigen – aber die Frage ist, wie lang dies Kleinstunternehmer durchhalten.

Ich zahle mehr als Mindestlohn, weil für mich klar ist, dass gute Arbeit gut bezahlt werden muss. Dennoch sollte die Spirale nicht immer mehr nach oben gedreht werden. Immer wieder sollte auch klar sein, wenn die Löhne steigen, das heißt die Ausgaben für den Unternehmer steigen, dann steigen auch die Preise und wenn die Preise steigen, muss auch der Mindestlohn steigen Ist das nicht ein Kreislauf ohne Ende? (Tabellen: S.Pyrlík)

Auszahlung an Arbeitnehmer*in:		Aufwand für Arbeitgeber*in:
steuerpfl. Bruttolohn	1.626,90 €	1.626,90 €
Lohnsteuer	-93,08 €	
Solizuschlag	-2,41 €	
Kirchensteuer	0,00 €	
KV	-127,71 €	127,71 €
PflegeV	-24,81 €	24,81 €
RV	-151,30 €	151,30 €
AIV	-19,52 €	19,52 €
Netto Arbeitnehmer*in:	1.208,07 €	
Aufwand Arbeitgeber*in:		1.950,24 €

Auszahlung an Arbeitnehmer*in		
steuerpfl. Bruttolohn	2.088,00 €	2.088,00 €
Lohnsteuer	-192,91 €	
Solizuschlag	-10,61 €	
Kirchensteuer	0,00 €	
KV	-163,91 €	163,91 €
PflegeV	-31,84 €	31,84 €
RV	-194,18 €	194,18 €
AIV	-25,06 €	25,06 €
Netto Arbeitnehmer*in:	1.469,49 €	
Aufwand Arbeitgeber*in		2.502,99 €

Arbeitszeit im Monat	Mindestlohn pro Stunde	Auszahlung Arbeitnehmer netto/Stunde	Aufwand Arbeitgeber/ Stunde
174	9,35 Euro	6,94 Euro	11,21 Euro
174	12 Euro	8,45 Euro	14,39 Euro

einiger Zeit zahle ich einen Stundenlohn, der über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt.

Dennoch warne ich gern unsere Politiker*innen davor, den Mindestlohn immer stärker wachsen zu lassen. Gerade Kleinstunternehmer kämpfen jeden Tag dafür, dass ihr Unternehmen am Markt besteht und wirtschaftlich bleibt. Höherer Mindestlohn bedeutet höhere Ausgaben, während Gewinne gleich bleiben und Kosten oftmals steigen.

Meist ist das Ergebnis für den Arbeitnehmer nicht so, wie es von außen aussieht, die gesetzlichen Ab- und Ausgaben steigen und der vermeintlich höhere Lohn sieht auf dem Lohnzettel ganz anders aus, während die Arbeitgeberbelastung überproportional steigt. Gern verdeutliche ich das an einem Beispiel (siehe Tabelle), es zeigt: Bei einem Mindestlohn von 9,35 Euro/Stunde erhält der Arbeitnehmer brutto 1.626,90 Euro, das ist ein Nettobetrag von 1.208,07 Euro. Die Arbeitgeberbelastung beträgt 1.950,24 Euro. Bei einem Lohn

OW-Beitrag/bc

Eine weitere Steigerung des Mindestlohns fordert die LINKE. Das ist nicht unproblematisch (siehe Beitrag unten). Aber höheres Einkommen ist natürlich vor allem deshalb nötig, weil die Lebenshaltungskosten immer höher werden.

Dabei hinkt die Statistik den tatsächlichen oder gefühlten Gegebenheiten oft hinterher: 34 Prozent ihrer Konsumausgaben wandten die Deutschen 2018 laut Statistischem Bundesamt für Wohnen und Energie aus (siehe Grafik). Wer heute im Barnim eine Wohnung sucht, kann leicht für 50 Prozent seines Einkommens mieten. Das betrifft nicht mehr nur die Städte und Gemeinden direkt an der Berliner Stadtgrenze, sondern breitet sich großflächig immer weiter in die berlinferneren Gegenden aus.

Der Anteil am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen, den



**Kleine Hilfen für kleine Betriebe,
große Hilfen für große Unternehmen.
Und was ist mit Kleinstunternehmern,
Soloselbstständigen, Familien oder
Grundsicherungsempfängern?**

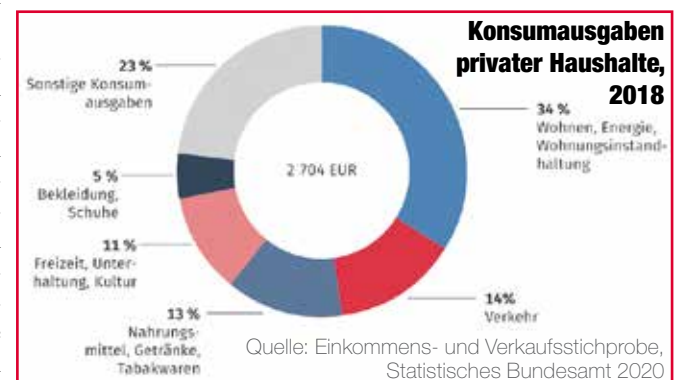
Die Miete macht das Leben teuer

Flächendeckende Mietpreisbremse?

Menschen für Wohnkosten aufwenden mussten, lag 2018 bei durchschnittlich 26 Prozent, bei armutsgefährdeten Personen sogar bei 49 Prozent, Alleinlebende und Alleinerziehende kommen sogar auf über 50 Prozent.

Ein alleinstehender Mensch muss derzeit etwa 13 Euro brutto in Vollzeit verdienen, um bei üblicher Miete unabhängig von staatlichen Leistungen leben zu können. Treiben damit vor allem die Renditeversprechen großer Immobilienfonds und in der Folge Grundstückspreise und Mieten

die Kosten so in die Höhe, dass Wohnen immer teurer wird? In Berlin soll die Mietpreisbremse den Trend stoppen. Aber eine lokale Begrenzung führt dazu, dass Investoren Grundstücke im Umland, vielerorts auch im Barnim, kaufen, um sie gewinnbringend zu bebauen und treiben die Preise nun hier nach oben. Wäre eine flächendeckende Mietpreisbremse eine Alternative?



„Wer sich selber helfen will, braucht auch Hilfe“

„Save Your Culture e.V.“, ein neuer Verein in Eberswalde, will Kulturschaffende zusammenführen./ Sebastian Walter: LINKE im Landtag fordert, 1.180 Euro monatliche Hilfe für Soloselbstständige, wenn Berufsausübung zu Gunsten der Gesundheit der Gesellschaft nicht möglich ist.

OW-Beitrag/lk, bc

„Hilf Dir selbst – und Dir ist geholfen,“ mit diesem Schlagwort versuchen sich Veranstaltungstechniker in Eberswalde aus der Corona-Krise zu manövrieren. Sie haben den Verein „Save Your Culture“ in Eberswalde gegründet. Sie wollen sich nicht mehr darauf verlassen, dass externe Veranstalter kommen und sie „brauchen“. Statt dessen wollen einige Selbstständige nun gemeinsam Angebote machen, und dabei Kulturschaffende, Bühne, Technik zusammen bringen. „Wir wollen Eberswalde etwas bunter machen“ sagt Steven Gödicke von „Save Your Culture e.V.“

„Es tut so gut zu sehen, dass hier Leute tatsächlich versuchen, solidarisch aus der Krise zu kommen“, ist Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag, am 31. Juli begeistert. „Neue Formen des Miteinanders, neue Arten der Zusammenarbeit – das kann helfen, unsere Gesellschaft besser zu machen.“ Aber Walter sieht sich auch in der Verantwortung, auch wenn die LINKEN auf der Oppositionsbank im Landtag derzeit nur beantragen können, was aus ihrer Sicht für Betroffene dringend nötig ist und leider nicht selbst entscheiden, weil ihnen die Regierungsverantwortung fehlt. „Aber DIE LINKE hat in den letzten Monaten viele Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel auch Kulturschaffenden in dieser schwierigen Zeit geholfen werden kann.“



Am 31. Juli in Eberswalde: Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag (Mitte) traf sich mit Christoph Neumann von Kingsize.events Veranstaltungstechnik (links), Tontingenieur Steven Gödicke (rechts) und Ruben Pagenkopf von der Veranstaltungsreihe „Guten Morgen, Eberswalde“ (Hintergrund).

Foto: L. Kupitz

Umso wichtiger ist für Sebastian Walter sich immer neu zum aktuellen Stand zu informieren. „Bisher hat uns noch kein Akteur gefragt, wie es uns geht, wie wir durch die Corona-Krise kommen, wie unsere Zukunftsängste aussehen,“ erzählt Toningenieur Steven Gödicke. In Eberswalde einen Kulturort zu schaffen und mit anderen Akteuren der Stadt zusammen zu arbeiten, das ist die Vision, die die drei jungen Männer haben. „Wenns dann

Wir können nicht die ganze Zeit im Notstand leben, sondern müssen einen Weg finden, damit umzugehen.

mal wieder richtig losgeht, glaube ich auch, dass die Leute unser Angebot mit Kuschhand annehmen“, hofft Gödicke. „Aber das Virus ist da und kann über mögliche Veranstaltungen weiter verbreitet werden.“ Durch die Gründung des Vereins konnten die Initiatoren – mit Abstand – etwas miteinander machen, planen, waren nicht auf sich allein gestellt. „Nichts Schlimmeres gibt es, als im Kämmerchen zu sitzen und zu grü-

beln,“ erklärt Ruben Pagenkopf von der Veranstaltungsreihe „Guten Morgen, Eberswalde“.

„Es gibt zwar Soforthilfen, Konjunkturpakete – aber mir helfen sie nicht, um privat meinen Kühlschrank voll zu bekommen.“ meint Veranstaltungstechniker Christoph Neumann von Kingsize.events. Bisher verweisen alle, ob Bundes- oder Landesregierung auf Hartz IV. Für Sebastian Walter ein Unding: „Wir LINKEN wollen, dass Soloselbstständige bis zu 1.180 Euro monatlich als Umsatzausfall durch staatliche Hilfen erhalten, um damit ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, wenn ihnen – wie der Veranstaltungsbranche – ihre Berufsausübung zu Gunsten der Gesundheit der Gesellschaft kaum möglich ist.“

„Wir in der Event- und Kulturbbranche hören nur Worte und Medienbeiträge. Wir wissen gar nicht, wie es wirklich weiter gehen soll“, erklärt Ruben Pagenkopf. „Wir können nicht die ganze Zeit im Notstand leben, sondern müssen einen Weg durch die Corona-Krise finden“, so Sebastian Walter. „Eine komplexe Vernetzung zwischen Kultur, Tourismus, Einzelhandel in Gang bringen zum Beispiel.“ „Der Lockdown war nötig“, sagt Walter, „aber eigentlich war politischer Konsens: Wir sichern die Existenz der Branchen. Das ist aber nicht passiert. Das macht mich wahnsinnig. Die Hilfe zur Selbsthilfe, die Ihr fordert“, meint er zu den drei Kulturschaffenden, „das ist das Beste, was man machen kann. Dafür braucht Ihr Unterstützung.“

„Musikschule hat jetzt mehr Räume – dank Abstandsregeln“

Wie der Panketaler Violonist und Violinpädagoge Niels Templin durch die Corona-Krise kommt

Von Klaus Kleinmann

Beim großen Shutdown Mitte März hofften Niels Templin und seine Kollegen, der Spuk sei in zwei bis drei Wochen wieder vorbei. So kann man sich irren: Fast neun Wochen waren es zum Zeitpunkt des Gesprächs. Da Live-Auftritte nicht allein im Zentrum seiner Berufstätigkeit stehen, sondern weitere Arbeitsschwerpunkte wie Unterricht und Musikschularbeit ebenso dazu gehören, war der Honorarausfall zu verkraften. Mit halber Stelle ist er als Leiter der Regionalstelle Panketal bei der Neuen Musikschule angestellt und bezog hierfür Kurzarbeitsgeld. Bei den Fixkosten für ausgefallene Projekte griff ihm die Investitions-

bank des Landes Brandenburg mit dem Corona-Hilfe-Sofortpaket unter die Arme. Auch seine eigene Bank zeigte sich kooperativ. Was macht ein Musiker in einer solchen Lage? „Man wurstelt sich durch, Langeweile kommt nicht auf“, so fasst es Niels Templin zusammen. Man beschäftigt sich mit Dingen, die liegen geblieben sind. Da gibt es bekanntlich immer eine ganze Menge. Vor allem übt man natürlich, „auf Vorrat“, wie Niels Templin es formuliert. Die freie Zeit, die ihm dafür zur Verfügung stand, empfand er als Wohltat, denn ein Profi-Musiker muss bekanntlich seine Technik immer fit halten und ist daher auf ständiges Üben angewiesen. Außerdem konnte er sich in neue Projekte vertiefen und sein

Repertoire erweitern. Geige satt – dem passionierten Violonisten Templin war das Balsam für die Seele, wobei er den auch nötig hatte, denn er sagt, das Publikum habe ihm doch sehr gefehlt, und das könne einem schon aufs Gemüt schlagen.

Niels Templin freut sich, weil die Musikschule ihren Betrieb nun wieder aufgenommen hat, wobei die räumliche Situation sogar besser aussieht: Man hat ein separates Gebäude auf dem Schulhof für musikalische Zwecke reaktiviert. Dadurch hat die Schule mehr Unterrichtsräume, und die Musikschule kann ihren Stundenplan freier gestalten.

Ob sich das wegen der Corona-Pandemie ausgefallene Programm des Vereins Kunstbrücke

Panketal e.V., dem Niels Templin als Vorsitzender angehört, komplett in den Herbst retten lässt, ist im Moment noch fraglich. Für September und November sind einige Nachholveranstaltungen geplant. Das Projekt „Peter und der Wolf“ muss wohl ins nächste Jahr verschoben werden. Die „Panketaler Kulturtage“ sollen mit reduziertem Umfang im November stattfinden. Da die Geige „Instrument des Jahres 2020“ ist, könnte ein Programm mit dem Titel „500 Jahre Violinmusik“ im November über die Bühne gehen. Ob die Normalisierung weiter fortschreitet? Man kann es nur hoffen, weil die Kulturszene sonst durch zu viele dauerhafte Ausfälle von Künstlern und Spielstätten noch weiter verödet.

„Wir möchten zum Opferschutz beitragen“

Team PAKRA aus der Chin Woo Kampfkunstschule Bernau trotz der Corona-Pandemie: Und sieht Positives in Hygieneregeln und dem neuen Verständnis zum Kranksein.

Von Matthias Holz

Im Kampfsport geht es nicht nur darum, seine eigenen Fähigkeiten zu verbessern sondern sich auf seinen Gegner einzustellen und die eigene Strategie anzupassen. Es verwundert also nicht, dass die Jungs von PAKRA einen Weg gefunden haben, ihren Sport trotz einer Pandemie weiter zu betreiben, wenn auch mit Einschränkungen. Mike Wedding, Eigentümer der Chin Woo Kampfkunstschule, serviert chinesisches Tee, und macht einen ruhigen und gelassenen Eindruck. Man merkt, ihn bringt so schnell nichts aus der Fassung.

Die Anfangszeit sei dennoch schwierig gewesen. Am schlimmsten war die Unsicherheit, wie lange die Situation andauern würde. Nach dem Lockdown musste er seine Schule noch eine Woche länger als angeordnet schließen, um die Hygienevorschriften umzusetzen. Während das Training teilweise in den Garten verlegt werden konnte, war das Beschaffen von Papierhandtüchern und Desinfektionsmitteln eine große Herausforderung.

Mit Mike Wedding bilden Oliver Reichelt und Ricardo Deckers das seit ungefähr einem Jahr aktive Team

Neue Wege in der Krise: Es gibt „Henry“, der ist immun gegen Corona, eine Puppe für den Bodenkampf.

PAKRA. Das steht für „Pankration und Krav Maga“. Letzteres ist eine israelische Selbstverteidigungsform, die bevorzugt Schlag- und Tritttechniken nutzt, aber auch Grifftechniken, Hebel sowie Bodenkampf beinhaltet. Pankration sei „antikes Mixed Martial Arts, bestehend aus Schlagen, Treten und Ringen. Man bezeichnet es gerne als Mutter und Sohn des Kampfsportes“, klärt Oliver Reichelt auf. Er ist der Initiator des Projektes PAKRA. Die drei Männer wollen Selbstverteidigungstechniken auf Basis von Realismus vermitteln. Hierzu gehört einerseits klar zu zeigen, wie Gewalt auf der Straße aussieht und andererseits aufzuklären, dass viele Techniken aus Hollywoodfilmen in der realen Welt nicht funktionieren.

Das Team wollte mit Workshops und Informationsveranstaltungen jetzt richtig durchstarten, aber dann kam Corona und alle Veranstaltungen mussten abgesagt werden. Große finanzielle Verluste hatten sie deshalb nicht zu verkraften. Die Veranstaltungen waren geplamt, aber noch nicht beworben, weshalb keine



Team PAKRA, von links nach rechts: Ricardo Deckers, „Henry“, Oliver Reichelt und Mike Wedding. Foto: M. Holz

Teilnahmegebühren zurückerstattet werden mussten. Auch die Kampfkunstschule Chin Woo kam gut durch die Krise. Es gab nur wenige Abmeldungen und diejenigen die sich abgemeldet

hatten, wären wohl auch ohne Corona bald abgesprungen. Mike Wedding freut sich über die Treue seiner Schüler*innen und ist sich sicher, dass dies auch an der Beziehung seiner Schüler*innen zur Schule liegt. Diese sei „ein Ort der Begegnung und der Freundschaft“, man sieht ihm den Stolz darauf an.

Generell haben die Jungs die Krise als Chance begriffen. So wird beispielsweise mehr auf YouTube Videos mit entsprechenden Erklärungen gesetzt oder man hat sich einen Beamer angeschafft, um in der Schule Vorträge, unter der Berücksichtigung der Abstandsregeln, zu halten. Außerdem hat man noch Henry und dieser sei immun gegen Corona. Henry ist eine Puppe für den Bodenkampf, wie man sie bei Crashtests für das Auto einsetzt. Das anschließende Desinfizieren sei zwar mühselig, aber so könnte man trotzdem Griffe proben, ohne sich zu nahe zu kommen.

Corona bringt im Umgang miteinander auch Positives: Die Schüler*innen hätten sich schnell daran

gewöhnt, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Und die Einstellung zu Krankheit hat sich geändert. War es bisher eher üblich zu sagen: Geht schon irgendwie, muss man mal mit Husten und Schnupfen oder auch Fieber durch den Alltag, ist das nun grundsätzlich anders: Wer krank ist, bleibt zu Hause und kuriert sich aus. Das kann langfristig positivere Effekte haben, auch die Einstellung zum eigenen Körper ändern.

Ganz ohne finanzielle Probleme ist allerdings weder PAKRA noch die Kampfkunstschule Chinwoo durch die Krise gekommen. Miete, laufende Kosten oder Investitionen konnten durch fehlende Veranstaltungen eben nicht gedeckt werden. Die Hilfen der Landesregierung hat Mike Wedding nicht annehmen wollen. Zu unsicher war für ihn, wie und ob man diese zurückzahlen musste. Generell habe er die Hilfen für sich „nicht als hilfreich“ empfunden.

Die Hilfen der Landesregierung wurden nicht beantragt. Zu unsicher, ob man sie zurückzahlen muss.

Eine echte Hilfe wäre es, wenn der Kampfsport wieder so stattfinden könnte, wie vor der Krise. In Berlin ist dies seit dem 14. Juli wieder möglich. Ob Brandenburg diese Regelung übernehmen sollte, lassen

sich die Männer nicht entlocken. Sehr diplomatisch antwortet Mike Wedding, schließlich habe man das nicht zu entscheiden. „Hierfür haben wir Leute gewählt, die uns hoffentlich gut und mit Sachverstand durch die Pandemie bringen.“ Sein Kollege Oliver Reichelt möchte sowieso lieber über fachliche Dinge reden. „Im Moment wird viel über Krawalle im Fernsehen gebracht. Auch Frauen werden in dieser Zeit häufiger Opfer von Gewalttaten. Wir möchten unseren Teil zum Opferschutz beitragen.“

Überzeugt vom Konzept, das hinter PAKRA steckt, sind sie allemal, schließlich sitzt der Beweis dafür mit am Tisch. Ricardo „Ricky“ Deckers hat vor zweieinhalb Jahren als Schüler bei Oliver angefangen. Mittlerweile hat er einen Trainingskampf gegen einen gestandenen Kickboxer sowie einen Ringer gewonnen. Groß Aufhebens macht er darum nicht. Es gehe bei PAKRA nicht darum einen sportlichen Kampf zu gewinnen, sondern darum, sich in Alltagssituationen mit Alltagsgegenständen aus bedrohlichen Situationen zu befreien. Hierbei gehe „Taktik vor Technik“, so der ehemalige Schüler, der nun selbst Ausbilder ist.

Für die Zukunft könnte sich Oli-

Die neue positive Einstellung: Wer krank ist, bleibt zu Hause und kuriert sich aus.

ver Reichelt vorstellen, spezielle Selbstverteidigungskurse für Menschen mit Behinderungen anzubieten oder mit Geflüchteten Menschen zu trainieren. Die nächste Veranstaltung findet am 29. August statt und ist eine kostenlose Info-veranstaltung mit integriertem Workshop zur Selbstverteidigung für Frauen.

Chinwoo Kampfkunstschule

In der Chin Woo Kampfkunstschule werden Kurse vom Vorschulalter bis zum Rentenalter angeboten. Von Kung Fu, Tai Chi oder Ringen bis zum mittelalterlichen Schwertkampf ist für jeden etwas dabei.

Mehr Informationen gibt es auf der Homepage: Chinwoo-Kampfkunstschule.de oder auf Facebook (Chin Woo Kampfkunstschule) und Instagram (mike_wedding)

Kontakt Daten PAKRA:

Mike Wedding: 0163/8619009
Facebook Pakra
Instagram: Pakra_Forces

„Genauer hinschauen, wer wieviel benötigt“

Martin Sarkowski* arbeitet als Freiberuflicher Dozent für Vereine und Verbände und wurde als „Soloselbstständiger“ in den letzten Monaten beruflich stark eingeschränkt. Ein Gespräch.

Bevor die Corona-Pandemie begann war vielen Menschen das Wort „Soloselbstständige“ unbekannt. OW versuchte in den vergangenen Monaten die Besonderheit Ihres Berufsstandes zu erklären: Meist von zu Hause mit eigenem Material und vor allem geistiger Leistung arbeitend, dadurch nur sehr wenige Betriebskosten. Was Sie erwirtschaften, ist Ihr Lebensunterhalt. Wie ging es Ihnen vor dieser Krise?

Vor der Krise ging es mir gut. Ich hatte ausreichend Aufträge und musste manches sogar ablehnen. Ich konnte keine großen Sprünge machen, aber davon leben und auch Reisen bezahlen. Ich habe kein Auto, sondern fahre mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder gehe zu Fuß zur Arbeit. Mein Büro ist ein Arbeitsplatz mit PC und Drucker in einem Teil des Wohnzimmers. Sparsamkeit ist für mich als Soloselbständiger ein wichtiges Prinzip.

Wie sah der Beginn des Lockdown für Sie beruflich aus?

Von einem Moment zum anderen brachen alle Aufträge weg und auch bereits erbrachte und in Rechnung gestellte Leistungen wurden nicht bezahlt, weil auch meine Auftraggeber, vor allem Verbände und Vereine, nicht wussten, woher sie die Gelder nehmen sollten. Bis heute sind immer noch einige Rechnungen offen.

Konnten Sie sich auf so eine Situation vorbereiten?

Vor Jahren hatte ich in einem Gespräch mit meinem damaligen Berater der IHK bezüglich meiner Ängste gesagt: Der Markt bricht zusammen. Damals sagte dieser Berater: Das gibt es nicht. Der Markt kann nicht zusammenbrechen. Heute sind wir eines Besseren belehrt.

Trotzdem hat mir die „Ruhezeit“ gut getan. Ich habe lange Spaziergänge im Wald und am Wasser gemacht und bin viel Fahrrad gefahren. Das gab mir positive Energie und ich konnte mich entspannen. Ich habe mir mal wieder Bücher gekauft und diese sofort gelesen. Meine persönlichen Kontakte habe ich aufgefrischt, per Telefon oder E-Mail, von vielen hatte ich lange nichts gehört. Auch der Kontakt mit Freunden in Übersee hat mir wichtige Informationen vermittelt, wie es ihnen geht, wie die Situation in ihrem Land ist. Hier lese und höre ich oft andere Informationen und ich frage mich, ob sie aus dem gleichen Land sind – aber das ist eine andere Geschichte.

Die Brandenburger Landesregierung reagierte ursprünglich Ende März: Soloselbstständige sollten 9.000 Euro als Soforthilfe erhalten. Haben Sie den Antrag gestellt?

Ich habe den Antrag sofort gestellt, am 26. März, und alle meine bereits festen Aufträge, die nun ausfallen würden, für März, April, und Mai aufgelistet. Darauf bekam ich unverzüglich eine automatische Antwort, dass mein Antrag eingegangen sei, ich aber von Nachfragen absehen solle, alle Anträge sollten bis Ende April bearbeitet werden. Am 27. April bekam ich eine Mail mit der Aufforderung innerhalb von 5 Werktagen meinen „erwerbsmäßigen Sach- und Finanzaufwand“ in Form einer Einnahmen-/Ausgabenberechnung aufzulisten. Am 29. April schickte ich diese Unterlagen ab und mit Datum 1. Mai 2020 bekam ich den „Bescheid über die Gewährung einer Soforthilfe im Rahmen des Programms des Bundes und des Landes Brandenburg ‚Soforthilfe Corona‘“. Es waren weniger als 10 Prozent meines Einkommensausfalls, rund 600 Euro habe ich erhalten, für 3 Monate.

Der Grund dürfte gewesen sein, dass die SPD-/CDU-/Grüne-Landesregierung in Brandenburg zum 1. April die Rechtsgrundlage änderte, so dass nur noch die Höhe der Betriebskosten entscheidend für die Bewilligung war. Wie ging es Ihnen damit?

Ich war sehr enttäuscht, auch über den Umgang mit uns und unseren Anträgen. Hier hätte man sofort reagieren müssen, nachdem die Gesetzesänderung beschlossen war. Dann hätte ich das Geld schon einen Monat früher bekommen und gewusst, dass ich von meinem Ersparnissen leben und mir Geld borgen muss. So ließ man uns einen Monat im Ungewissen, denn wer schaut dann auf die Webseite, wo man doch den Antragseingang bestätigt bekam und extra darauf hingewiesen wurde von Nachfragen abzusehen. Das ist kein Umgang miteinander, schon gar nicht in Krisenzeiten.

Wie kommen Sie heute zurecht?

Einer meiner Auftraggeber hat seine Dozent*innen sehr schnell mit Online-Kursen fit gemacht, so dass ich kurz nach Ostern mit dem neuen Kursmodell starten konnte. Für viele Teilnehmer*innen war dies eine wichtige Erfahrung, auch Ältere haben diese Art der Kommunikation schätzen gelernt. Hier bieten sich neue Chancen, für die aber auch



Viele Dozent*innen arbeiten als Soloselbstständige. Rund 50.000 Soloselbstständige aller Branchen gibt es derzeit in Brandenburg. Sie sind Sozialarbeiter, Künstler, Vertreter, arbeiten in der Gesundheitsbranche und im Kleingewerbe – faktisch alle, die allein und in ihrem Wohnraum arbeiten. * Name von der Redaktion geändert. Foto: Photo-Mix.

noch technische Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Inzwischen sind die Aufträge mehrheitlich wieder angelaufen und werden auch bezahlt, wenn auch die Teilnehmergebühren erhöht und mein Gehalt etwas gekürzt werden musste. Aber besser der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Eigentlich ist der Stress größer als vorher, obwohl mir gerade die Auszeit klargemacht hat, dass ich

mehr auf mich achten muss.

Sollte es noch einmal so erhebliche Einschränkungen in Ihrer Berufsausübung geben, wie stellen Sie sich dann staatliche Hilfe vor?

Genauer hinschauen, wer wieviel benötigt, um über die Runden zu kommen. Das Aussetzen der Steuervorauszahlungen an das Finanzamt und Halbierung der Krankenkassenbeiträge wären echte Hilfen.

Online-Petitionen für Solo-Selbstständige

Am 15. März wurde bei OPEN-PETITION die Petition „Hilfe für Freiberufler und Künstler während des Corona-Shutdowns“ gestartet. Am 18. Juli übergab der Initiator David Erler, ein Leipziger Sänger, 290.286 Unterschriften an das Bundeswirtschaftsministerium.

Schnellstmögliches Handeln wird von Wirtschaftsminister Peter Altmaier erwartet, denn viele Soloselbstständige hätten auf Grund der unterschiedlichen Regeln in den Bundesländern und der Rechtsunsicherheit keinen Antrag gestellt.

Inzwischen gibt es eine „Folge-Petition“, nunmehr des Bundestages, die am 25. Juni die Mindestunterzeichnerzahl von 50.000 erreicht hat. Dann muss der Bundestag eine öffentliche Anhörung durchführen. Wann genau sie stattfinden wird, steht noch nicht fest. (ms)

Nur jeder Sechste beantragte „Hartz IV“

DIE LINKE in Brandenburg hat immer wieder mit Anträgen im Landtag versucht, die vom 25. bis 31. März geltende Regelung in Brandenburg wieder in Kraft zu setzen, also: 9.000 Euro als Einmalzahlung für Soloselbstständige, die auch zur Unterstützung des Lebensunterhaltes verwendet werden dürfen. Das ist abgelehnt worden. Die SPD-CDU-Grüne-Regierung in Brandenburg verwies immer wieder darauf, dass für den laufenden Lebensunterhalt (Miete, Krankenversicherung) „Hartz IV“ beantragt werden könne. Die Zusage, hier auf eine Vermögensprüfung zu verzichten, wurde nicht eingehalten. Von den Selbstständigen, deren Einkommen zurzeit nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu decken, hat deshalb nur jeder sechste Grundsicherung beantragt oder plant dies. (bc)

